

® Wahlkampf IV - SPD-Kompress

Publiziert am 22. Mai 2017 von Wilfried Müller auf www.wissenbloggt.de



Hier wird der Anlauf fortgeführt, die Grundsatzprogramme der Parteien zu scannen und auf Verträglichkeit mit humanistischen Standpunkten abzuchecken. Nach dem AfD-Grundsatzprogramm kommt jetzt die SPD dran. Das ist etwas gewollt, weil kein aktuelles Grundsatzprogramm vorliegt. Deshalb zieht wissenbloggt zwei SPD-Programme und ein Programm der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung FES¹ zusammen:

- das geltende Grundsatzprogramm vom 28.10.2007 Hamburger Programm²
- das Regierungsprogramm 2013 - 2017 Das Wir entscheidet³
- die Publikation der FES vom 14.2.2017 Ein Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft⁴

Aktuell (20.5.) upgedated mit dem neuen Abschnitt ® Wahlprogramm 2017⁵ aus dem Entwurf des Leittrags der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017⁶ (15.5.)

Ein Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 hat die SPD noch nicht herausgegeben. Bei wissenbloggt werden wieder die interessantesten Teile dargestellt, damit man einen Eindruck bekommt. Was Grund zum Anstoß bietet, wird **rot kommentiert**. Was **grün kommentiert** ist, soll ein Lob sein. Der normale Text stammt von der SPD und ist allenfalls abgekürzt und passend geglättet. In *Sperrschrift gesetzte Passagen* will wissenbloggt hervorheben bzw. den gekürzten Text verständlicher machen.

Hamburger Programm

Das neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm enthält handfeste Positionen, klare Orientierungen und nachprüfbare Handlungsaufträge. Aber es hebt den Blick auch immer wieder auf die großen, die grundlegenden Fragen unserer Zeit, vor allem auf die Entscheidungsfrage, ob das noch junge Jahrhundert Frieden und Wohlfahrt für alle Menschen bringt oder ob es in erbitterte Verteilungskämpfe und in entfesselte Gewalt mündet. Wir geben Antworten, wie nachhaltiger Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im globalen Zeitalter möglich sind. Und gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit in Deutschland und in Europa werden wir für diesen Weg politisch kämpfen - **lauter wunderbare Ansprüche, aber eben oft doch ziemlich Wischiwaschi**.

Die SPD will für eine friedliche und gerechte Weltordnung arbeiten, für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden, wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat - **von den schönen Sprüchen gibt's noch jede Menge mehr**.

Zur Globalisierung: Der globale Kapitalismus häuft große Mengen an Kapital an, die aber nicht zwangsläufig neuen Wohlstand erzeugen. Entfesselte Finanzmärkte bringen Spekulation und Erwartungen hervor, die einer nachhaltigen und langfristig ausgerichteten Wirtschaftsweise entgegenstehen. Wo das einzige Ziel die schnelle und hohe Rendite ist, werden allzu oft Arbeitsplätze vernichtet und Innovationen verhindert. Kapital muss der Wertschöpfung und dem Wohlstand dienen - **solche klare Kritik wird vielfach geübt**.

Wo Grenzen fallen, steigen die Chancen auf ein friedliches Miteinander der Völker und Kulturen. Im selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie jedoch auch verwundbarer. Wir erleben, dass Staaten zerfallen, Brutstätten für Anarchie und Terrorismus entstehen, religiöse und politische Fundamentalisten die Welt willkürlich in Gut und Böse teilen ...

Weltweite Konkurrenz von Dienstleistung und Arbeit. ... Deutschland zählt dank der Stärke seiner Industrie zu den Gewinnern der Globalisierung. Aber nicht jeder in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende

Unternehmen verlagert werden. ... Armut nimmt wieder zu und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich weiter, auch in Deutschland.

Die Globalisierung hat auch eine kulturelle Dimension. Religionen und Kulturen begegnen einander mehr denn je. Kulturelle Vielfalt aber ist heute ein Merkmal erfolgreicher Gesellschaften. ... Unsere Demokratie befindet sich in

¹ <http://www.fes.de/de/>

² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Grundsatzprogramme/hamburger_programm.pdf

³ https://www3.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

⁴ <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13185.pdf>

⁵ <http://www.wissenbloggt.de/?p=37478#rwp>

⁶ <http://www.heute.de/ZDF/zdfportal/blob/47188162/1/data.pdf>

einer Vertrauenskrise - auch das anerkennt die SPD. ... Die Parteien bleiben unverzichtbares Element einer demokratischen Gesellschaft. Die große Aufgabe des 21. Jahrhunderts lautet, die Globalisierung durch demokratische Politik zu gestalten.

Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. ... Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. "Frei und gleich an Würde und Rechten", wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können - da werden gute Rechtsansprüche vertreten, wenn man nach Pflicht sucht, tritt die immer nur beim Staat auf und nicht bei den Rechte-Nachfragern.

Grundwerte sind *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit*, im einzelnen (nicht punktgenau) dargestellt:

- *Freiheit* bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben.
- *Gerechtigkeit* gründet in der gleichen Würde jedes Menschen.
- *Solidarität* bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe.

SPD-Aussage: Wir bestehen auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. ... Der Sinn ihres Lebens ergibt sich nicht aus dem Verfügen über marktgängige Wirtschaftsgüter. Menschen sind mehr als Konsumenten und Produzenten, deswegen widersetzen wir uns der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Lebensqualität ist mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Sie sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist - schön wär's, aber das ist leider Wunschdenken.

Die Europäische Union muss unsere politische Antwort auf die Globalisierung werden. ... Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Nationen, Völker und Menschen von Frieden und Wohlstand profitieren - ein guter humanistischer Grundsatz. ... Die Sozialdemokratie ist sich der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden in der Welt bewusst - ein dogmatischer Anspruch, der nicht erläutert wird. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft internationale Sicherheit.

Die SPD legt einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde: Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokratie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus. ... Wir wollen globales Recht schaffen und durchsetzen. Frieden und Sicherheit sind globale öffentliche Güter - global und international vertritt die SPD Großes, dagegen national für Deutschland gegenüber anderen Nationen eigentlich gar nix.

Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten können ganze Volkswirtschaften gefährden. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte auf internationaler Ebene an. ... Wir brauchen mehr Gerechtigkeit im Welthandel. Die Entwicklungsländer wollen keine Almosen - sie wollen gerechte Chancen auf den Märkten. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der Welthandelsorganisation ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

Der Zerfall von Staaten führt zur Ausbreitung von Anarchie und Rechtlosigkeit. Deutschland muss bereit sein, bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit und zivilgesellschaftlichen Strukturen Verantwortung zu übernehmen. ... Die gefährlichste Ausprägung entstaatlichter Gewalt ist der Terrorismus. Beim Kampf gegen den Terror geht es nicht um Krieg, sondern um Verbrechensbekämpfung. ... Deshalb verfolgen wir eine Friedenspolitik, die vorrangig auf Vorbeugung gegen Konflikte basiert - mit internationalem Einsatz der Bundeswehr, das verlangt eigentlich eine Begründung.

Wir wollen das Europa der Bürger schaffen. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen. ... Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung. ... Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Europäischen Parlament die Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt werden - eigentlich ist das die Finanzunion, für die es keine demokratische Mehrheit gibt. Unter Humanisten mag das aber gewünscht sein.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie darf nicht am Unwillen einzelner Staaten oder ihrer Regierungen scheitern. (?) ... Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und erfolgreich eine einheitliche Währung eingeführt - Stand 2007, heute viel kritischer zu sehen.

Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert, wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage - gut gewollt, aber dies ist so ein Punkt, wo die deutschen Interessen gegenüber Irland und Malta vertreten gehören.

Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist. ... Sicherheit vor Verbrechen darf niemals zur Ware werden. Sie ist eine Bringschuld des Staates, die Kehrseite seines Gewaltmonopols. ... Für religiös begründeten Extremismus ist in unserem Land kein Platz. ... Menschenrechte lassen sich auch durch Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen nicht außer Kraft setzen, hier liegt die Grenze unserer Toleranz gegenüber anderen Kulturen - gut gesagt, nur hält sich die SPD nicht dran - muslimische Frauen sind auch Menschen, die schützt die SPD nur verbal.

Deutschland ist Einwanderungsland. ... Einwanderung verlangt Integration. ... Niemand darf Frauen und Mädchen daran hindern, sich frei zu entfalten und zu bilden - *es wäre schön, wenn die SPD das wirklich vertreten würde...* Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an - *in dieser schlichten Absolutheit ist das nicht konsensfähig, aber da gab es die Grenzöffnung noch nicht, und unter Humanisten ist es womöglich bedingungslos gewollt.* Sie ist nicht das Ende der Integration, aber sie ermöglicht die volle politische Teilhabe.

Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft - *gut.* ... Wir sind für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die der Ausgrenzung von Minderheiten und ebenso der Bildung von Parallelgesellschaften entgegenwirkt - *lauter humanistische Standpunkte.*

Wir wollen kulturelle Vielfalt unserer geistigen Wurzeln in jüdisch-christlicher Tradition - die auch von griechischer Philosophie, römischem Recht, arabischer Kultur beeinflusst worden ist - und in Humanismus und Aufklärung versichern. ... Wir bekennen uns zum jüdisch-christlichen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens - *wieder soviel Jüdisch-Christliches und keine Rede von säkular.*

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle waren und bleiben die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. ... In der Vergangenheit ist Fortschritt vor allem als quantitatives Wachstum verstanden worden. Heute zwingen uns der rasche Klimawandel, die Überlastung der Ökosysteme und das Wachstum der Weltbevölkerung, der Entwicklung eine neue, zukunftstaugliche Richtung zu geben. Davon hängt ab, ob aus Entwicklung Fortschritt wird.

Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Dafür ist qualitatives Wachstum mit reduziertem Ressourcenverbrauch nötig. Menschen sollen ihren eigenen Lebensunterhalt frei von Ausbeutung und Angst durch *gute Arbeit* verdienen können. Jeder Mensch soll einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Reichtum erhalten. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen auch für kommende Generationen sichern.

Wir setzen auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, Bildung und Qualifizierung, um nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Qualitatives Wachstum setzt eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher Produktivität und Wertschöpfung voraus. Sie schaffen die Grundlagen dafür, Armut, Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Ressourcen ein Ende zu machen.

Wir begreifen die Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und für die weltweite Entwicklung des Wohlstands. Die Dynamik der Märkte wollen wir in den Dienst des Menschen stellen. Dazu brauchen wir eine Ordnung für den Wettbewerb, die langfristiges Wachstum entfaltet und die Fixierung auf den kurzfristigen Profit überwindet.

Im 20. Jahrhundert ist mit der sozialen Marktwirtschaft ein herausragendes Erfolgsmodell geschaffen worden - *das ist das Verdienst von CDU-Regierungen, aber auch der SPD.* ... Aber die globalen Finanz- und Kapitalmärkte, die keine Grenzen mehr kennen, stellen diese bewährte Ordnung in Frage.

Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungerecht verteilt. ... Strategische Industriepolitik muss ökologische Industriepolitik sein. Eine solide Finanzpolitik heißt für uns, dass wir heute nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass wir der kommenden Generation eine marode Infrastruktur hinterlassen - *gut gewollt, aber leider tut die Politik das trotzdem.* ... Die SPD tritt auch für Ökologie und Nachhaltigkeit ein: Wir dringen auf weitere, ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Nochmal der Hauptpunkt in zweifacher Ausführung: *Gute Arbeit für alle* und *Arbeit für alle*. Gerechte Teilhabe am erwirtschafteten Ertrag ist das Gebot sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft. ... Die notwendige Zuwanderung (*diese Notwendigkeit wird nirgends begründet*) und wachsende Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darf nicht zu Sozial- und Lohndumping führen.

Auch in unserer Gesellschaft verschärfen sich die sozialen Gegensätze, deshalb fordert die SPD Teilhabe. Weiterhin Vorsorge für Gesundheit und Alter sowie Bildung und Ausbildung für alle. Zum Thema Kinder und Familien stärken: *Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich sind.* Aber auch: Wir wollen den Menschen kein Lebensmodell vorschreiben. Die meisten Menschen wünschen sich die Ehe, wir schützen sie. Gleichzeitig unterstützen wir andere gemeinsame Lebenswege, nichteheliche Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, alleinerziehende Eltern. ... Alleinerziehende Mütter und Väter bedürfen unserer besonderen Unterstützung.

Summarisch der letzte Satz: *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für nachhaltigen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert.*

Regierungsprogramm 2013 - 2017

Dazu hat die SPD sich viel Mühe gemacht. Auf über 350 Veranstaltungen wurden Menschen gefragt: "Was muss in Deutschland besser werden?" Ergebnis waren Zehntausende ausgefüllte Dialog-Karten, über 40.000 Vorschläge, Anregungen, Ideen, Kritikpunkte. Die interessantesten Anregungen wurden ausgewählt, und dann wurde das noch im Rahmen von einem großen SPD-Bürgerkonvent von mehreren Hundert Teilnehmern diskutiert. Das Er-

gebnis wurde unmittelbar ins Regierungsprogramm der SPD (mit-)geschrieben. Also ein Regierungsprogramm neuen Typs, das auch "klassisch" erarbeitete Programmpunkten enthält.

Die SPD bleibt die politische Kraft der Erneuerung: Wir wollen eine bessere Zukunft für alle Menschen und für unser Land, in Europa und in der Welt. ... Wir versprechen, dass wir dieses neue Miteinander und das Gemeinwohl in allen vor uns liegenden Herausforderungen unseres Landes wieder zur Leitlinie unseres Handelns machen werden. Und dort, wo wir Veränderungen bewirken wollen, die finanzielle Folgen haben, sichern wir auch deren solide und nachhaltige Finanzierung.

Die Reformpolitik der "Agenda 2010" holte hunderttausende Menschen vom Abstellgleis der Sozialhilfe. ... Den in diesem Prozess auch entstandenen Missbrauch von Leiharbeit, Minijobs und Niedriglohnbeschäftigung allerdings werden wir korrigieren.

Wir werden die Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik stellen - und nicht die Interessen anonymer Finanzmärkte. ... Das Wettbewerbsprinzip der Wirtschaft wurde genauso auf Staaten und Regionen wie auf das Verhältnis der Menschen untereinander übertragen. ... Spätestens seit der Finanz- und Eurokrise wissen wir: Diese Regellosigkeit machte aus der erfolgreichen Sozialen Marktwirtschaft eine geldgetriebene Marktgesellschaft.

Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur. Die Armut wächst ebenso wie der Reichtum - **leider auch wenn die SPD (mit-)regiert**. Das alles muss sich wieder ändern. ... Wir wollen dafür sorgen, dass gute Ausbildung und gute Arbeit wieder guten Lohn und sichere Arbeit zur Folge haben.

Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf diesen Finanzmärkten sind es gewesen, die zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt haben. Nicht zuletzt deshalb muss der Finanzsektor jetzt auch dazu beitragen, diese Schulden wieder abzutragen - **wow, das wär' schön gewesen! Warum kam eigentlich nix dergleichen?**

Wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinwohllasten, ebenso wie eine gerechte Neuverteilung der Chancen in unserer Gesellschaft: Leistung und Anstrengung müssen wieder eher zu Wohlstand führen als Herkunft, Beziehungen und großes Vermögen. ... Das Zeitalter des Marktradikalismus ist zu Ende. Die Ideologie von Konservativen und Neoliberalen, *die Märkte sorgen schon selbst für das Gemeinwohl und die Steigerung des Wohlstands*, ist spätestens unter den Trümmern der weltweiten Finanzkatastrophe begraben worden. ... Kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein - **diese guten Punkte lesen sich wie eine Liste des Scheiterns, weil nix davon eingetreten ist**.

Neben einer umfassenden Finanzmarktregulierung brauchen wir eine stärkere Demokratisierung Europas: Europa gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt auch für die Eurozone. ... Generell fordern wir eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme, ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni. ... Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. ... Der Staat darf nicht länger für Spekulationen haften. Anstatt weiter Verluste zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren, müssen Risiken und Haftung wieder zusammengeführt werden. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dürfen nie wieder in Geiselschaft der Banken und Spekulanten genommen werden. Die Schattenbanksektoren, das sind vor allem die hochspekulativen Hedgefonds, müssen endlich reguliert werden. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Wir wollen den Hochfrequenzhandel einschränken, um unkontrollierte Börseneinbrüche künftig zu verhindern. Die Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir unterbinden. Gleiches gilt für Rohstoffspekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Bezug haben - **100% gescheitert, in allen Punkten**.

Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden. Anstrengung und Fleiß müssen sich für die Menschen wieder lohnen. Der Einstieg in einen gesicherten Beruf muss für alle ebenso möglich sein wie existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeit und für möglichst viele auch der Aufstieg im Beruf. Prekäre Arbeit wollen wir überwinden, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen - **hurra, es hat doch mal was geklappt!**

Nach Jahren der Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf die gerechte Beteiligung am wirtschaftlichen Erfolg. Deutliche Lohnsteigerungen und die Stärkung der Binnennachfrage sind im gesamtwirtschaftlichen Interesse - **das stimmt erst recht in Bezug auf den Exportüberschuss**. ... Die Umgehung des Arbeitsrechtes auch bei Mini-Jobs soll künftig ausgeschlossen sein und deren soziale Absicherung verbessert werden. ... Nur wenn wir das Potenzial aller in Deutschland lebenden Menschen erschließen, können wir einem Fachkräftemangel entgegenwirken und unsere Wirtschaft zukunftsfest machen. ... Keine Jugendliche und kein Jugendlicher soll nach dem Schulabschluss ohne Anschluss (Job) bleiben.

Zu Europa heißt es: Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die politische Union Europas weiter vertiefen - **also keine demokratische, sondern Zweckmäßigkeitdenken**.

Europas Wirtschaften brauchen einen neuen Impuls für nachhaltiges Wachstum. ... Wachstum und wirtschaftliche Dynamik sind notwendig, um die zum Teil dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen - **schön dass an die gedacht wird. Geschafft wurde allerdings nix**.

Die SPD strebt einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds an, der die Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung verbindlich macht - **also alles Planwirtschaft statt einfach gute Regeln machen wie bis 1970.**

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Es geht für uns um erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, um sichere Arbeitsplätze, um gerechte Teilhabe und eine hohe Lebensqualität - **lauter Gemeinplätze, aber immerhin das Wohl Deutschlands im Blick.**

Die SPD will Investitionen in die Realwirtschaft fördern. Sie denkt an ein Gütesiegel "Made in Ostdeutschland" - **anscheinend ernstgemeint, ein Trabi-Gütesiegel?** ... Wir wollen einen neuen gesellschaftlichen Konsens für Fortschritt und Infrastruktur erreichen - **man wäre froh, wenn wenigstens die alte Infrastruktur erhalten würde.**

Die SPD spricht von einem "Masterplan Energiewende", dazu gehört u.a. eine grundlegende Reform des EEG sowie Modernisierung und Ausbau der Netzinfrastruktur und neue Speichertechnologien. Auf den Einsatz von Fracking soll verzichtet werden, bis alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen wurden. ... Die SPD will an den Atomausstiegsbeschlüssen in Deutschland festhalten und sich auch international für mehr Sicherheit bei Atomkraftwerken bzw. für deren Abschaltung engagieren. Der Export von Atomtechnologie zum Bau neuer Reaktoren usw. darf nicht unterstützt werden.

Dafür soll die Energieeffizienz verbessert werden, z.B. mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die Förderung der Gebäudesanierung soll an der tatsächlich eingesparten Energie und nicht am erreichten Effizienzstandard ausgerichtet werden - **das darf man deuten als Absicht, den Styroporwahn einzudämmen.**

Im nächsten Abschnitt geht es um Bildung, Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Das SPD-Programm sagt schon eingangs, *Bildung, Gesundheit, Kultur, private und öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge wurden nicht mehr für alle garantiert, sondern sie wurden zum Marktprodukt, das man sich kaufen und leisten können muss.* Heute bemerken wir, dass diese Entwicklung unsere Gesellschaft gespalten hat. Sozial und kulturell. Nicht nur Besitz und Einkommen sind immer ungleicher verteilt, sondern auch Zugänge zu Bildung, Gesundheit, Mobilität und Kultur.

Das Thema ist Chancengleichheit, die SPD will den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz einlösen, sie will das bildungsfeindliche Betreuungsgeld abschaffen und das Erfolgsmodell Ganztagschule fördern. ... Das Prinzip der "Guten Arbeit" will die SPD auch in Wissenschaft und Forschung umgesetzt sehen: Wir wollen für Tätigkeiten in Wissenschaft und Forschung mehr unbefristete Beschäftigungschancen und verlässliche Berufsperspektiven schaffen, auch und gerade jenseits der Professur auf Lebenszeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern - **gute Absicht, leider ist es umgekehrt gekommen, aber die Wanka ist ja CDU.**

Zur Chancengleichheit: Wir wollen, dass Frauen und Männer im Berufsleben gleichgestellt sind. Dazu soll es ein Entgeltgleichheitsgesetz geben und eine verbindliche 40-Prozent-Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen. ... Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Bestreben, den Beschäftigten mehr Zeitautonomie zu verschaffen und die Belastungen durch überlange Arbeitszeiten abzubauen.

Zur Familie: Für die SPD ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Dazu gehören Paare - ob mit oder ohne Kinder und Trauschein - ebenso wie Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien sowie Großeltern und Menschen, die für ihre pflegebedürftigen Eltern sorgen - **was oben im Grundsatzprogramm zum Leitbild der Familie stand, ist damit wohl aufgelöst.** Es soll eine gute frühkindliche Bildung über Kitas geben, und alle Kinder sollen in materieller Sicherheit aufwachsen können. ... Hindernisse, die durch soziale, kulturelle, ethnische oder gesundheitliche Unterschiede bestehen, wollen wir aus dem Weg räumen - wie auch Hindernisse, die auf das Geschlecht oder die sexuelle Identität zurückzuführen sind. ... Kinderrechte wollen wir im Grundgesetz verankern.

Moderne Integrationspolitik heißt für die SPD gleichberechtigte Teilhabe. ... Integrationspolitik neu zu denken heißt letztendlich auch, *den Begriff der Integration zu überwinden und durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf Teilhabe und Partizipation zu ersetzen.* Diesem Prinzip müssen sich alle Ressorts der Bundesregierung verpflichten - **was für die SPD selbstverständlich ist, mag auch für Humanisten so sein. Allerdings wurde die Bevölkerung nie gefragt, ob sie das will. Der Teilhabe müssen ja Leistungsbringer gegenüberstehen, um die Errungenschaften bereitzustellen, welche die SPD verteilt.**

Wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. ... Wir setzen uns für *alle Menschen in unserem Land* ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen - **also nicht Deutsche, sondern in Deutschland Anwesende.** ... Deutschland ist ein *Einwanderungsland* und lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt tun und ein *Einbürgerungsland* werden - **das kann sicher nur ein Teil der Humanisten unterstützen. Die Allgemeinheit will das nicht.**

Dazu gehört eine Modernisierung des Staatsangehörigkeits- und Wahlrechts. Deshalb wollen wir die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der

Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren - **das mag humanistisch gewollt sein, aber es benachteiligt den Normalbürger.** ... Die Optionspflicht ist ein integrationspolitischer Missgriff und ein bürokratisches Monstrum, das den Kommunen enorme Verwaltungskosten aufbürdet - **aber sonst spielen aufgebürdete Kosten keine Rolle.**

Die SPD will eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik. ... Fluchtursachen - Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern - müssen bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen - **gut.** Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren - **ok, aber die, die aus anderen Erwägungen fliehen?** ... Im Rahmen verfügbarer Kursplätze wollen wir Asylbewerbern und Geduldeten künftig auch die Teilnahme an Integrationskursen ermöglichen - **d.h. auch Geduldete will die SPD integrieren - keine Rede von Schutz solange nötig und dann zurück nach Haus.** ...

Zur Armutszuwanderung aus Südosteuropa: Asylsuchende aus Serbien oder Mazedonien, aber auch EU-Bürgerinnen und -Bürger aus Rumänien und Bulgarien verlassen ihre Herkunftsländer, um den prekären Verhältnissen, in denen sie leben, zu entkommen. Denen will die SPD friedliches Zusammenleben gewährleisten und Bildungs- und Integrationsangebote zur Verfügung stellen. ... Entscheidend ist aber auch hier eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten - **das hat ja nun nicht geklappt. Die Aufnahme aller Mühseligen und Beladenen mag humanistisch gewollt sein, ist aber letztlich Größenwahnsinn.**

Zur Kultur: Für die SPD stehen die Künstlerinnen und Künstler im Mittelpunkt. Sie ist stark befasst mit Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen und tritt auch für eine gemeinsame Europäische Auswärtige Kulturpolitik ein. Die SPD ist für Modernisierung des Urheberrechts und für freie Presse und qualitativ guten öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Zum Steuerrecht: Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft. ... Die Neubegründung der Sozialen Marktwirtschaft (**das wär' schön**) baut auf einem gerechten Steuersystem auf. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzierung. Es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generationen geben. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse muss eingehalten werden.

Die ungestüme Privatisierungspolitik der letzten Jahre hat sich nicht selten als teurer Irrweg erwiesen. Wir widersprechen Privatisierungen insbesondere, wo sie den Zugang zu den öffentlichen Gütern behindern und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellen. Privatisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden - **auch sehr gut.**

Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten haben nach Abzug der Inflation Reallohnverluste erlitten. ... Wir wollen zukünftig Bezieher hoher Einkommen und Vermögende stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz erhöhen - **sehr gut, aber ging leider nicht.**

Wir werden die Vermögensteuer auf ein angemessenes Niveau heben - **die ist seit 1996 ausgesetzt!** ... Auch bei der Besteuerung von Erbschaften steht für uns die Steuergerechtigkeit im Vordergrund - **nach wie vor ist das unterm Strich eine Subvention.** ... Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen - **gut gewollt, aber nicht umgesetzt.**

Wir wollen eine Finanztransaktionssteuer - **ist gestorben.** Schließlich werden wir die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstands- und sonstigen Managergehältern, einschließlich Boni und von Abfindungen, auf maximal 50 Prozent der Beträge begrenzen, die 500.000 Euro übersteigen - **beim Grundsatzprogramm sollte noch gedeckelt werden (Maximalverhältnis), passiert ist nix.** ... Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir zurücknehmen - **gut gewollt, aber was ist mit den Privilegien der Interessensgruppe von Politikern und EU-Bürokraten?**

EU-weit soll es einheitliche Mindeststeuersätze geben. ... Wir wollen Steueroasen mindestens europaweit trockenlegen. ... Wir nehmen nicht hin, dass dem Gemeinwesen Milliarden Euro an Steuergeldern entgehen, weil einige Finanzinstitute nicht ausreichend mit den Finanzämtern kooperieren, Steuerbetrug dulden oder sogar im Rahmen ihrer Geschäftsmodelle durch das Angebot entsprechender Bankprodukte billigend unterstützen - **leider doch.**

Die SPD setzt dagegen auf eine steigende Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Abberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann - **das ist immer noch eine gute Idee.**

Und nochmal der Mindestlohn, **der tatsächlich eingeführt wurde und Erfolg hatte.** ... Dann das Vorgehen gegen den Betrug bei der Umsatzsteuer - **der aktuell strafrechtlich verfolgt wird.**

Ein weiteres SPD-Kernthema ist soziale Sicherheit und Vorsorge: Dafür brauchen wir ein solidarisches Sozialsystem und eine gute soziale Infrastruktur, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unterstützt. ... Für Gesundheit und Pflege will die SPD ein einheitliches Versicherungssystem mit einer einheitlichen Honorarordnung. Sie will medizinische Qualitätssicherung und entsprechenden Verbraucherschutz, sie will gute und menschenwürdige Pflege und gute Arbeit in Gesundheit und Pflege.

Analog zum Mindestlohn soll es eine *Bürgerversicherung* geben: Ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann das nicht korrigieren. Die SPD will einerseits höhere Löhne, andererseits aber auch eine Solidarrente einführen. Wer langjährig der gesetzlichen Rentenversicherung angehört und Beiträge gezahlt hat, muss eine Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung erhalten, nicht unter 850 Euro - **beides sehr gute Absichten**.

Zudem tritt die SPD für Behinderte ein, für "inklusive Sozialräume". Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt: Integration, Personenorientierung, Abbau von Barrieren und zielgerichtete Hilfe, nicht unterscheiden und trennen.

Unter dem Titel *Gute Nachbarschaft* geht es ums Wohnen in Stadt und Land. Die SPD will in allen Wohnquartieren gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegsmöglichkeiten bieten: *Heimat ist vor der Haustüre*. ... Sie will die kommunale Finanzkraft stärken, nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen sind in der Lage, einer Privatisierung zentraler öffentlicher Aufgaben zu widerstehen. ... Nur finanziell ausreichend ausgestattete Kommunen haben Gestaltungskraft - **richtig, und trotzdem scheut sich die SPD nicht, ihnen ständig neue Lasten draufzupacken**. ... Die SPD ist alarmiert, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte. ... Sozialer Wohnungsbau muss ausgebaut werden, auch für altersgerechte Wohnungen - **richtig, gemacht wird aber das Gegenteil**.

Die SPD ist für eine multifunktional ausgerichtete Landwirtschaft, zu der auch eine nachhaltige Biomasseproduktion gehört. **Dass es desgleichen nicht gibt, taucht in dem Text (noch) nicht auf**. ... Es soll eine Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Haltung geben. Die SPD ist pro Tierrechte und Umweltschutz: *Wir werden den Klimawandel bekämpfen*. Und pro Verbraucherschutz: Keine Abzocke bei Banken, keine explodierenden Energiekosten ... keine seitenlangen Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die kein Mensch versteht. Der Alltag wird für Verbraucherinnen und Verbraucher komplexer und wird für viele zur unüberwindbaren Herausforderung. ... Wer z.B. die falsche private Altersvorsorge abschließt, kann diese Entscheidung kaum mehr korrigieren und hat später einen deutlich schlechteren Lebensstandard. Die SPD will staatlich beauftragte "Marktwächter" - zivilgesellschaftliche Verbraucherschutzorganisationen wie die Verbraucherzentrale.

Zur Demokratie: Voraussetzung für eine demokratische und offene Gesellschaft sind demokratische Kultur und Öffentlichkeit genauso wie Transparenz und Partizipation. ... Für Parteispender sollte es eine Höchstgrenze geben von 100.000 Euro pro Spender im Jahr geben. ... Die SPD will ein verpflichtendes Lobbyregister auf gesetzlicher Grundlage beim Deutschen Bundestag einrichten. Deutschland hat als einzige parlamentarische Demokratie die UN-Antikorruptionskonvention noch nicht ratifiziert, da CDU/CSU und FDP die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung blockieren (**wurde Ende 2014 dann ratifiziert**). ... Wir wollen eine "legislative Fußspur" einführen, aus der hervorgeht, welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben - **gute Idee**. Der Verhaltenskodex für Mitglieder der Europäischen Kommission ist hier als Vorbild bestens geeignet - **hat aber nix gebracht, siehe Neelie Kroes**.

Die SPD will die klassisch-repräsentative Demokratie um neue und weitergehende Formen der demokratischen Partizipation auf allen politischen Ebenen ergänzen. Eine Möglichkeit ist die Nutzung neuer digitaler Technologien, zum Beispiel in Form von Online-Petitionen und -Befragungen oder Ideen-Wettbewerb - **das wäre schön, aber leider ...**

Die SPD lobt Ehrenämter und Sport, dann ist die Sicherheit dran: Sicherheitspolitik mit Augenmaß. Die Ursachen von Kriminalität und Gewalt sollen bekämpft werden, straffällige Jugendliche sollen unmittelbar den Zusammenhang zwischen ihrer Tat und der verhängten Strafe erfahren. Es soll eine Offensive gegen Wirtschafts- und Steuerkriminalität geben: Wir lassen nicht zu, dass man die Großen laufen lässt. Dazu brauchen wir mehr Steuerfahnder und an manchen Stellen neue Sanktionsmöglichkeiten. Wir wollen bessere Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung, wie auch die Einführung eines Unternehmensstrafrechts - **ja, gut, aber die Steuerfahnder kommen nicht, und man lässt sie laufen, die Großen**.

Das Problem Cyberkriminalität wird schon angesprochen, und auch der Datenschutz: Vertrauliche Kommunikation muss vertraulich bleiben. Ausnahmen kann es nur geben, um schwerste Straftaten zu verfolgen, und auch dann nur unter engsten Voraussetzungen und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen - **was kein geringer Widerspruch ist**.

Wir kämpfen entschlossen gegen Gewalt gegen Frauen. ... Frauenhandel, "Ehrenmorde" und Zwangsheirat werden wir scharf bekämpfen und die rechtliche Regelung zum Aufenthaltsrecht sowie zum Zeuginnen- und Zeugen-schutz und Opferschutz verbessern. Genitalverstümmelung ist ein schweres Verbrechen an Mädchen und Frauen - **da stellt die SPD das Recht über Multikulti**. ... Rechtsextremismus will die SPD frühzeitig und umfassend bekämpfen - **was genau Rechtsextremismus ist, wird nicht gesagt**. ... Deshalb wollen wir die NPD verbieten.

Aus den Niederungen zu den Höhen ... Die europäische Idee fasziniert die Menschen weltweit - aber die Form und der Zustand, in dem sich die EU derzeit (2013) befindet, schreckt viele ab. Das ist kein Widerspruch. Denn im Zuge von immer neuen Reformen in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen an immer neuen Stellen repariert und justiert wurde, sind die Institutionen der EU so unübersichtlich geworden, dass sie keiner mehr versteht. Es liegt an uns, der EU die Form zu geben, damit die Faszination der europäischen Idee wieder sichtbar wird: die Idee nämlich, nach kriegerischen Jahrhunderten mit Europa einen Ort zu schaffen, an dem Frieden und soziale Gerechtigkeit herrschen, der Stabilität in die Welt exportiert und der als transnationale Demokratie organisiert ist, bei

der die regionale, nationale oder europäische Ebene jeweils das regelt, was sie am besten kann. Ein solches europäisches Projekt ist in der Geschichte einmalig und deshalb ist die EU 2012 zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Die SPD als die Europapartei in Deutschland ist stolz auf diesen Preis, der den europäischen Völkern und Menschen gehört

Wir wissen: Scheitert Europa, dann scheitert auch das europäische Gesellschaftsmodell, das auf Solidarität und einen fairen Ausgleich der Interessen angelegt ist. Europa muss der Ort sein und noch mehr werden, der dem Neoliberalismus und Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Dem kalten Wettbewerbseuropa muss endlich eine sozial verantwortlich handelnde EU entgegengesetzt werden - **das ist die europäische Heilsbotschaft, nur dass die europäische Ermächtigung am Willen der europäischen Völker vorbeigeht**

Die Europäische Kommission muss zu einer Regierung ausgebaut werden, die vom Europaparlament gewählt und kontrolliert wird und ggf. abgesetzt werden kann. In einer zweiten Kammer, in der die Regierungen der Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Rat sitzen, werden dann die nationalen Interessen vertreten. ... Eine EU, die nach der *Währungsunion* auch endlich die *Wirtschaftsunion* nachvollziehen muss, braucht nach Euro, Binnenmarkt und einer gemeinsamen Zentralbank (EZB) auch eine gemeinsame Wirtschaftsregierung. ... Das Thema der gemeinsamen Haftung darf nun kein Tabu mehr bleiben. Schon jetzt haftet durch die Euro-Rettungsschirme und die Politik der EZB der deutsche Steuerzahler mit Hunderten von Milliarden. Die SPD hat diese Politik mitgetragen, denn es liegt im deutschen Interesse, dass wir unsere Währung verteidigen und dass der Währungsraum nicht auseinander bricht. ... Wir wollen eine parlamentarisch kontrollierte Wirtschaftsregierung einrichten - **damit hat die SPD die Mehrheit der Europäer und erst recht der Ökonomen weit hinter sich gelassen. Für manche Humanisten mag das erstrebenswert sein.**

Die europäische Soziale Marktwirtschaft braucht eine starke europäische Sozialunion. ... Wir wollen den Sozialen Stabilitätspakt einrichten. ... Wir wollen aber nicht, dass europäische Standards nationale Standards ersetzen. Wir wollen, dass nationale Standards geschützt werden - **nur sind das Standards, die in die Pleite führen können, und für die sollen alle haften.** Wir brauchen soziale Mindeststandards gegen den schädlichen Wettbewerb um die niedrigsten sozialen Rechte und Standards - **das allerdings.** ... Wir müssen die Währungsunion zu einer Wirtschafts- und Sozialunion weiterentwickeln. ... Dort wo Aufgaben besser national, regional oder lokal gelöst werden können, muss das Prinzip der Subsidiarität gelten. Subsidiarität heißt, dass Politik da gemacht wird, wo sie am besten aufgehoben ist - **das ist richtig.** Die EU muss wieder Vertrauen zurückgewinnen. ... Die SPD will die EU demokratischer, transparenter, gerechter und effizienter machen - **demokratisch ist aber, wenn man das Volk fragt, und gerecht ist, wenn jeder selber für das haftet, was er anrichtet.**

Global soll die Zukunftsgestaltung im Rahmen einer *Weltinnenpolitik* stattfinden. Dazu muss die Außen- und Sicherheitspolitik der EU dringend an Substanz und Kontur gewinnen. Europa hat gemeinsame Interessen und wir werden diese nur vertreten können, wenn wir als EU gemeinschaftlich auftreten. ... Die Erweiterungspolitik der EU hat sich als vorausschauende Friedenspolitik bewährt.... Ein EU-Beitritt der Türkei ist im wechselseitigen politischen und ökonomischen Interesse und kann wichtige kulturelle Brücken schlagen. ... Frieden und Sicherheit erreichen wir am besten durch die Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie von fairen Produktions- und Handelsbedingungen.

Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. ... Wenn wir unsere Streitkräfte besser europäisch zusammenführen, entstehen hierdurch auch Spielräume für weitere Abrüstungsschritte. Langfristig wollen wir den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert sein muss - **also hier noch die Europäisierung des Militärs als Abrüstungsschritt und nicht Aufrüstung wie jetzt.**

Wir wollen, dass auf die Globalisierung der Märkte die politische Globalisierung folgt. Dazu soll die Stärkung des Systems der Vereinten Nationen helfen - **obwohl die UNO genau nullkommanull gegen die globale Machtübernahme der Konzerne leistete....** Die SPD will die Menschenrechte umfassend schützen und international durchsetzen. An dem Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, halten wir fest - **damals noch ohne die Effizienzgedanken, die das ganze Entwicklungshilfe-Konzept in Frage stellten.**

Wir wissen: Umfassender Frieden setzt soziale Gerechtigkeit und faire Entwicklung voraus. Ohne das eine kann das andere nicht gelingen. Diese Überzeugung ist und bleibt Kern unserer vorausschauenden sozialdemokratischen Friedenspolitik. ... Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft neu begründen und gemeinsam ein neues soziales Gleichgewicht schaffen. ... Unser Wahlprogramm ist die Alternative zu Angela Merkels "Alternativlosigkeit" - **dabei ist das ganze Programm voll "muss", also auch lauter unhinterfragte Imperative.**

Leitbild Einwanderungsgesellschaft

Auch betitelt MITEINANDER IN VIELFALT - LEITBILD UND AGENDA FÜR DIE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT. Dies ist kein Wahlprogramm der SPD, sondern eine aktuelle Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie lud dazu Expertinnen und Experten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in eine Kommission ein. Man darf davon ausgehen, dass hier SPD-Werte dargestellt werden.

Die Überschriften gehen noch weiter, MITEINANDER IN VIELFALT -- EIN LEITBILD FÜR DIE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT und DEUTSCHLAND IST EIN EINWANDERUNGSLAND. Letzteres steht auch

in den beiden anderen Programmen. ... Gedankenspiele über eine Schließung nationaler Grenzen sind realitätsfern - **nein, das ist völlig real und wird von der Politik gesteuert.**

Es geht um eine Einwanderungsgesellschaft, die niemanden ausschließt und zum Wohle aller gestaltet werden kann - **wegen der vorhandenen Einwanderung wird Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, und daraus werden vielerlei Pflichten abgeleitet. Die Frage taucht überhaupt nicht auf, ob die Einheimischen das wollen und ob andere Formen der Hilfe effizienter sind. Es gilt das unausgesprochene Dogma vom Herkommen und Integriertwerden, von dem anscheinend niemand in der ganzen Welt ausgeschlossen sein soll. Grundsätzlich wird nicht darauf eingegangen, dass Unterstützung für die einen Verzicht für die anderen bedeutet. Diese Definition vom Wohl aller, die keine Besitzstände der Etablierten respektiert, ist kommunistisch und nicht humanistisch.**

Durch Einwanderung können neue Konflikte entstehen, soziale Ungleichheit zunehmen, Unsicherheiten wachsen. ... Auf der anderen Seite können Einwanderinnen (!) und Einwanderer die Gesellschaft bereichern, die Demokratie lebendiger machen, den kulturellen Reichtum mehren und den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands sichern - **das sind allerdings humanistische Gedanken, aber dass die Bereicherung auch was kostet, wird nicht angesprochen.**

Um so wichtiger ist es, die Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. Dies geschieht durch klare Regeln für die Einwanderung - **dazu hätte man gern mehr gehört, kanadisches Modell?** Davon unabhängig ist die humanitäre Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen - **die humanistische Verpflichtung ist eigentlich, Flüchtlingen zu helfen und ihnen einen sicheren Platz zu verschaffen, der nicht unbedingt bei uns sein muss.** Darüber hinaus bedarf es für alle Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderer einer aktiven Integrationspolitik, deren Grundsätze in den folgenden Abschnitten ausgeführt werden - **dies Dogma vom Bedarf der Integrationspolitik ist weder durch das Grundgesetz noch durch die Genfer Konvention abgedeckt. Flüchtlingshilfe ist doch nur notwendig, solange die Fluchtursachen andauern.**

Ein gutes Zusammenleben kann nur gelingen, wenn alle am politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben in Deutschland teilhaben können. Gleichzeitig bedarf es jedoch auch der Bereitschaft, teilhaben zu wollen - **nirgends wird gefragt, wie groß der Anteil von denen ist, die nur Geld verdienen wollen und dann zurückgehen.**

Für die Einwanderungsgesellschaft ist das Grundgesetz die rechtliche Basis. Es geht von der gleichen Würde und der gleichen Freiheit jedes Einzelnen aus und sichert deren Schutz - **durchgehend wird so getan, als gelte das Grundgesetz weltweit. Demokratie bedeutet zudem Herrschaft des Volks, nicht des Grundgesetzes. Nirgends wird thematisiert, inwieweit das Volk diese Einstellungen teilt.**

Um die Weiterentwicklung und Interpretation des Grundgesetzes wird gerungen und muss gerungen werden. Das hält unsere Verfassung und unsere Demokratie lebendig - **so kann man das auch sagen.** ... Kollektive sowie individuelle Identitäten sind nie statisch. Also gibt es auch nicht die eine und für alle gültige deutsche Identität. Zugehörigkeit zur Gesellschaft kann vielmehr erworben werden - **das Leitbild geht genauer gesagt davon aus, dass die Zugehörigkeit verschenkt wird. Es sieht keinerlei Vorrechte für die Einheimischen vor, nicht für deren ideelle Errungenschaften wie Aufklärung, Emanzipation, Enttabuisierung, nicht für deren materielle Errungenschaften wie Sozialhilfe, Gesundheitswesen, Infrastruktur. Das erstere steht zur Disposition, das letztere steht zur Verfügung. Sowas ist nicht humanistisch.**

Rassismus und Diskriminierung stellen eine Verletzung der Grund- und Menschenrechte dar und haben daher keinen Platz in der deutschen Gesellschaft. Als Bedrohung für die offene Gesellschaft müssen sie thematisiert, zurückgewiesen und sanktioniert werden. Der Schutz vor Diskriminierung muss ein Grundpfeiler des Zusammenlebens sein, weil er Zugehörigkeit und Teilhabe ermöglicht - **jeder ist gegen Diskriminierung. Was das Leitbild aber darunter versteht, ist die bedingungslose Gleichstellung von Menschen aus aller Welt mit den Einheimischen:**

Adressat des Leitbildes sind alle in Deutschland lebenden Menschen, also nicht nur Bürger_innen mit einem deutschen Pass, sondern Neueingewanderte ebenso wie Alteingesessene. ... Allerdings ist gerade in den vergangenen zwei Jahren deutlich geworden, dass die Meinungen über Einwanderung stark auseinandergehen und Unsicherheiten angesichts der künftigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung bestehen - **man nimmt wahr, dass es andere Meinungen gibt, ohne auf Argumente einzugehen.**

Das Ganze auf der Grundlage der Erkenntnis, dass Migration globale, europäische und deutsche Realität ist und bleiben wird - **man muss hier wohl Massenmigration und normale Migration unterscheiden, und man muss sich darüber klar sein, dass der Umfang der Migration von der politischen Willensbildung bestimmt wird.**

Nur so lässt sich das Potenzial von Einwanderung für die wirtschaftliche Prosperität, kulturelle Dynamik, demokratische Repräsentanz aller sowie die vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten einer Einwanderungsgesellschaft nutzen - **hier also das unzutreffende Dogma, beliebige Einwanderung schafft wirtschaftliche Prosperität, und der Euphemismus kulturelle Dynamik bezieht auch rückschrittliche Gesinnungen aus unaufgeklärten Kulturen ein.**

Allein 2015 kamen 890.000 *Schutzsuchende* nach Deutschland - **der Begriff trifft nur auf einen Teil davon zu - 2015 war die höchste Zuwanderung, 2016 mit 280.000 die vierthöchste⁷.** ... Der Wirtschaftsstandort Deutschland

⁷ **Anmerkung atheisten-info:** Die SPD fällt somit auf eine Fake-Statistik der Frau Merkel herein! Die Zahlen der Ankünfte 2015 und 2016 gibt es in verschiedenen Varianten, laut EU-Asylstatistik wurden 2015 in der BRD 476.510 Asylanträge gestellt, 2016

braucht angesichts der demografischen Entwicklung Arbeitsmigration - **eine Legende, weil Roboter und Automaten die Arbeitsplätze obsolet machen**: Außer Einwanderung prägen auch andere Entwicklungen die Gesellschaften und führen dazu, dass sie sich permanent verändern: Automatisierung, Digitalisierung, Individualisierung.

Die Bevölkerung ist über Fragen von Flucht, Migration und Integration zerstritten (**genannt werden veraltete Zustimmungszahlen**), auf die Demokrat_innen jedoch reagieren müssen - **nur fehlt hier jedes Eingehen auf die Argumente. Der Streit ist auch eher zwischen Politik und Bevölkerung als innerhalb der Bevölkerung.**

Nicht akzeptabel ist hingegen, wenn eine unzufriedene Minderheit die öffentliche Agenda diktieren will und dabei Fakten ignoriert sowie bisweilen demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen vertritt - **das ist auf AfD usw. bezogen. In Wirklichkeit sind aber die Propagandisten für die Einwanderungsgesellschaft in der Minderheit, und sie diktieren die Agenda, ignorieren dabei Fakten und vertreten demokratiefeindliche, weil ignorante, Positionen.**

Das Diskussionsklima hat sich gerade über Themen wie Migration, Flucht, Integration und kulturell-religiöse Vielfalt nachhaltig verschlechtert - **ja, aber daran sind nicht bloß die Rechtspopulisten schuld, sondern die Willkommenskulturellen mindestens genauso.**

Das Leitbild sieht viele kulturelle Identitäten für jeden Menschen und verlangt von allen:

- die Anerkennung der rechtlichen Ordnung,
- die Akzeptanz des Sozialstaats als Garant für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit,
- die Bereitschaft möglichst vieler, sich an der Demokratie zu beteiligen, und
- der Respekt gegenüber dem Anderen in seiner oder ihrer Andersartigkeit.

Integrationsangebote sollen sich eben nicht allein an Einwanderinnen und Einwanderer richten, sondern einen gesamtgesellschaftlichen Fokus haben - **wenn man es mit dem amerikanischen Integrationsmodell vergleicht, fallen die anderen Präferenzen auf: integrationsfördernder Kontakt passiert hier in Institutionen und Zusammenschlüssen, während früher die Arbeit der große Integrationsfaktor war.**

Die Kommission bekennt sich klar zu einer offenen Gesellschaft. Abschottung nach außen und Diskriminierung nach innen lehnt sie entschieden ab. ... Eine Einwanderungsgesellschaft befindet sich im permanenten Wandel. ... Deutschland und Europa insgesamt werden auch künftig geflüchtete Menschen aufnehmen. Die Integration dieser Menschen bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe für Politik und Gesellschaft - **wieder das unausgesprochene Dogma, alle die kommen, bleiben.**

Deutschland kann es sich nicht leisten, die Potenziale der geflüchteten Menschen ungenutzt zu lassen - **doch kann es. Es kann sich vielmehr nicht leisten, grenzenlos unpassendes Potential aufzunehmen.** ... Menschen, die lange in Deutschland geduldet leben, muss eine erreichbare Bleibeperspektive geboten werden - **ja, das ist humanistisch. Andererseits kann man auch verlangen, dass sie nicht mehr geduldet werden.**

Die Zielgruppen staatlicher Maßnahmen oder Förderungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden - **das Geld kann aber nur einmal ausgegeben werden, so dass es immer widersprüchliche Prioritäten gibt.** ... Die Integrationspolitik muss deshalb ... von einer umfassenden Wohnungsbaupolitik begleitet werden. Diese kommt allen - Geflüchteten und Einheimischen - zugute - **damit hatte sich die SPD blamiert, weil es zunächst nur für Geflüchtete gelten sollte.**

Die Kommission hält ein Einwanderungsgesetz für notwendig. Das bisherige Regelwerk hat nicht zu einer wirklichen und sinnvollen Steuerung der Einwanderung aus Drittstaaten geführt. ... Sie will eine internationale Koordination der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das bedeutet in der gegenwärtigen Situation, dass die Europäische Union insgesamt die Fragen der humanitären Migration solidarisch beantworten muss - **nur dass die EU sich in die andere Richtung bewegt, nachdem der Bevölkerung zuviel Solidarität abverlangt wurde.**

Die Kommission hält es für sinnvoll, die Einbürgerungskampagnen auszuweiten und zu erleichtern in puncto Mindestaufenthalt, doppelter Pass usw. Nachdem es ja mehrfache Identitäten für jede Person gibt, sollte auch mehr als ein Pass kein Problem sein. ... Spracherwerb wird befürwortet, aber dennoch sollten bestehende Sprachbarrieren so niedrig wie möglich sein, d.h. Mehrsprachigkeit in Behörden, Bildungseinrichtungen, Betrieben, Medien und im übrigen Alltag.

Im Grundgesetz steht eine normative Orientierung und Verpflichtung für die Exekutive, Legislative und Judikative - **ja, aber das Volk ist der Souverän, nicht das Grundgesetz. Deshalb muss sich das Grundgesetz nach dem Willen des Volks richten und nicht umgekehrt.**

waren es deutlich mehr, nämlich 745.155 - wie weit das durch die Verschleppung der Registrierung von 2015 auf 2016 geschah und wie weit das so inszeniert wurde, um die Zahlen von 2016 zu schönen, lässt sich schwer nachprüfen. Die Zahl 280.000 stammt von einer ARD-Meldung vom 11.1.2017, da zu diesem Datum die offiziellen Asylwerberzahlen erst bis September vorliegen und bereits fast 600.000 erreichten, dürfte diese Zahl ein Versuch gewesen sein, die Merkel-Aussage vom CDU-Parteitag im Dezember 2016 real werden zu lassen: "Eine Situation wie die des Sommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen. Das war und ist unser und mein erklärtes politisches Ziel" - siehe dazu "BRD-Flüchtlingsstatistik versteckt Asylwerber!" - <http://www.atheisten-info.at/infos/info3410.html> - die richtigen Zahlen für 2015/16 sind auch im Bericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom April 2017 zu finden, es sind die EU-Zahlen, nicht die ARD-Zahlen! Für 2017 sind von Jänner bis April nur noch 76.930 angegeben, siehe http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-april-2017.pdf?__blob=publicationFile

Es soll mehr Lehrkräfte mit eigener Einwanderungsgeschichte geben, die gesellschaftliche Vielfalt ist auch abzubilden, das ist eine wichtige Aufgabe von Medien. Die Normalität einer Einwanderungsgesellschaft muss sich medial widerspiegeln. ... Wichtig ist es nun, interkulturelle Öffnung überall von einer "Sonder- oder Zusatzmaßnahme" in eine "Regelmaßnahme" zu überführen und überall zu einem selbstverständlichen Teil der eigenen Arbeit zu machen. ... Interkulturelle Öffnung muss sowohl von oben als auch von unten wachsen - **dem ist zuzustimmen - unter der Voraussetzung, dass die Einwanderung kontrolliert passiert.**

Auf Bundesebene ist über ein Bundespartizipationsgesetz nachzudenken. ... In Deutschland gibt es Vorbehalte gegen den Islam bis hin zu islamfeindlichen Einstellungen. Die sind in Deutschland in einem erheblichen Umfang verbreitet - **vor allem wohl gegen Islamismus, aber das Wort kommt nicht vor.** ... Kirchen und Religionsgemeinschaften zählen zu den Begegnungsorten, an denen Pluralität und Integration gelebt werden - **sehr optimistische Sicht.**

Diskriminierungen soll es nicht geben, aber positive Diskriminierungen. Das sind Maßnahmen, die bestehende Benachteiligungen ausgleichen sollen. Die sind stärker rechtlich zu verankern - **man muss es wohl so sehen, dass das Leitbild selber eine positive Diskriminierung sein soll.**

© Wahlprogramm 2017

Der Entwurf des Leittrags der Programmkommission für das Regierungsprogramm 2017 sagt, *Es ist Zeit für ... mehr Gerechtigkeit bis mehr Frieden.* Insgesamt sind es 13 Abschnitte, in denen die überarbeiteten Standpunkte der SPD aufgeführt werden. Dabei ist ein gewisser Rechtsruck festzustellen. Die neue Betonung liegt gar nicht mehr auf dem *Leitbild für die Einwanderungsgesellschaft*, wie es die FES propagiert. Es ist viel mehr von Sicherheit die Rede, und von Gerechtigkeit (gegenüber den Einheimischen). Hier eine komprimierte Übersicht des Volltextes⁸:

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

Mit Martin Schulz als Bundeskanzler will die SPD unseren demokratischen Rechtsstaat fördern und unsere Zivilgesellschaft stützen, um unser "einzigartiges" kulturelles Leben zu erhalten. **Die SPD sieht sich nach 40 Jahren Deregulierung immer noch in einer "starken**

sozialen Marktwirtschaft", die ein Erfolgsmodell ist (Teil 1 und Teil 4), was aber durch den Punkt 6 *Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat* ungewollt konterkariert wird.

Die SPD fordert mehr Gerechtigkeit, Zusammenhalt und Solidarität deutschlandweit und europäisch, die SPD steht wie keine andere Partei für die europäische Idee. Mit Martin Schulz als Bundeskanzler und einer starken SPD im Bundestag wird Deutschland gerechter, fortschrittlicher und solidarischer.

Es ist Zeit für mehr Familie, beste Schulen und gute Pflege

Da geht es um gleiche Chancen für alle, um gebührenfreie Bildung, um .

Familienarbeitszeit und Familiengeld bis ElterngeldPlus, um den angestrebten Kulturwandel in der Arbeitswelt. Von klein an wird gesorgt, gute Betreuung Kitas, Kindertagespflegestätten, Horten und Ganztagschulen. Kinderrechte sollen gestärkt werden, Wahlalter ab 16. Der internationale Jugendaustausch soll ausgebaut werden.

Schulen müssen strahlen, heißt es poetisch. Dafür gibt's ein Schulmodernisierungsprogramm und den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote, und damit alles stimmt, die Stärkung der Bildungsforschung. Dazu digitalisiertes Lernen, digitale Selbständigkeit betrifft alle Generationen. Und die Alten sollen gut leben können, dafür wird Familienarbeitszeit für Pflege gewährt.

Es ist Zeit für moderne Ausbildung und sichere Arbeit

Berufliche und akademische Bildung sollen gleichwertig sein, die duale Ausbildung hochgehalten werden. Bessere Rahmenbedingungen, *denn wir wollen Arbeit, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.* Ziel ist unbefristete Arbeit für alle, sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt, das muss wieder der Normalfall sein. "Arbeiten auf Abruf" und die ständige Erreichbarkeit sollen eingedämmt werden, geringfügige Beschäftigung abgebaut und den Beschäftigten der Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit geöffnet werden. Dazu ein Pakt für anständige Löhne - **da hätte gut noch die Forderung nach dem 6-Std-Tag dazugepasst.**

Stichworte dazu: Jugendberufsagenturen, Ausbildungsgarantie und eine Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0. Dazu gehören auch gute Hochschulen und besseres BAföG, sowie verlässliche Karrierewege fürs Hochschulpersonal. Befristungen sind zurückzudrängen, Studienabbrüche zu reduzieren, durch eine bessere Betreuung der Studierenden - **dass zuviele Ungeeignete Abitur machen, ist kein Thema.**

Es ist eine politische Aufgabe, die Digitalisierung unserer Arbeitswelt zu gestalten - **da sollte die Politik eher nicht dran rumregieren.** Weitere Punkte Mitbestimmungsrecht, Weiterbildungsoffensive und soziale Berufe aufwerten - **ob das gegen die Übernahme der Roboter reicht?**

⁸ <http://www.heute.de/ZDF/zdfportal/blob/47188162/1/data.pdf>

Es ist Zeit für eine starke Wirtschaft und Innovationen

Gerechtigkeit ist die zentrale Voraussetzung für Innovationen und Fortschritt - gemeint ist, alle sollen ihren gerechten Teil bekommen. Es soll eine Investitionsoffensive geben (über Subventionen), Handwerk, Mittelstand und industrielle Basis sollen gestärkt werden. Der Aufbau einer Batteriezellenfertigung in Deutschland ist von zentraler strategischer Bedeutung - im Hinblick auf die gescheiterte Solarzellenproduktion ist das blauäugig.

Mittelstand und Handwerk sollen gezielt entlastet werden, regionale Innovationsagenturen gegründet werden, unnötige Bürokratie abgebaut werden. Unternehmen sollen schnell und unbürokratisch gegründet werden können, Wagniskapital dafür bereitgestellt und sogar Gründungsfreisemester für Studierende eingeführt werden, Forschung und Entwicklung sollen generell gefördert werden und nun auch die Innovation.

Angesichts der realen Situation der Hochschulen mit zuviel bürokratischer Einmischung und zuwenig Geld wäre es eher sinnvoll, die Etats aufzustocken und die Einmischung runterzufahren. Dazu liefert die SPD die Punkte wissenschaftliche Autonomie und finanzielle Planungssicherheit verbessern.

Bessere Regeln für die Finanzwirtschaft sind gefordert: Wenn eine Bank in Schieflage gerät, sollen vorrangig ihre Anteiligeigentümer und deren vermögende Gläubiger haften (Bail-in-Prinzip) - das ist gut, aber wieso nur vorrangig? Gefordert auch Mindesthaltedauern zur Begrenzung des Hochfrequenzhandels und Regulierung des Derivatehandels, sowie den Schattenbereich unter Aufsicht stellen - das ist auch gut, aber zuwenig, wo 99% des Derivatehandels reiner Selbstzweck sind.

Bei Verbraucherschutz und Verbraucherrechten wird unfaire individuelle Preisbildung als Folge der Profilbildung aus Nutzerdaten abgelehnt: Gegen einen solchen Missbrauch werden wir wirksame Regelungen treffen - sehr gut, aber welche? Beim "Scoring", also der individuellen Risikovorhersage für einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, müssen die herangezogenen Daten und ihre Gewichtung der Aufsicht offengelegt werden - sehr gut und sehr modern.

Für Dispo-Überziehungs-Zinsen soll ein Deckel eingeführt werden. Rechtswidrig erworbene Gewinne will man deutlich besser abschöpfen - gemeint ist hoffentlich, komplett einziehen. Die digitale Forderung ist immer wieder, Glasfaser und Breitband für alle. Es soll ein "Völkerrecht des Netzes" geben, neuartige rechtliche und ethische Fragen vom Datenschutz sind zu diskutieren - das ist auch fortschrittlich.

Es ist Zeit für einen starken Sozialstaat

Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, nach jahrzehntelanger Arbeit im Alter ein auskömmliches Einkommen zu beziehen und bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich versorgt zu sein. ... Wir werden den Sozialstaat noch besser machen, damit sich in Zukunft alle auf ihn verlassen können - real hat die SPD leider das Gegenteil gemacht, aber es ist nirgends die Rede von Hartz IV.

Es soll eine bessere Arbeitslosenversicherung geben, Stichwort "Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren", eine Bürgerversicherung und bessere Gesundheitsversorgung. Für die gesundheitliche Vorsorge das Programm "Gesunde Stadt" zum Programm "Soziale Stadt".

Für die Renten soll gesorgt werden, das Rentenniveau soll stabil gehalten werden: Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, verdient eine angemessene Rente, ohne auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Arbeitsleistung soll sich in der Rente widerspiegeln! Sogar Selbständige sollen besser abgesichert werden.

Es ist Zeit für gerechte Steuern und Abgaben

Die Vorstandsvergütungen in den Unternehmen sollten sich in einer sozialen Marktwirtschaft in einem angemessenen Verhältnis zu den durchschnittlichen Löhnen der Beschäftigten befinden. Tatsächlich verdienen viele Manager das 50- oder gar 100-fache ihrer Beschäftigten. Wir werden die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern auf 500.000 Euro begrenzen - das ist der richtige Ansatz, dann können die Riesengehälter plus Boni nicht als "notwendige Betriebsausgaben" abgesetzt werden, während es doch verdeckte Gewinnentnahmen sind, die maximal besteuert gehören.

Steuerbetrug ist kriminell, keiner darf seine Steuern kleinrechnen oder hinterziehen oder sich sogar Steuern "zurückerstatten" lassen, die nie gezahlt wurden (letzteres zielt auf die Cum-Ex-Betrügereien). Die SPD will keine Steuervermeidungspraxis innerhalb Europas akzeptieren. Die "Panama-Papiere" haben deutlich gemacht ... dass der Kampf gegen Steueroasen leider nur ein Scheingefecht ist.

Seit 2017 gibt es durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz - leider untauglich. Die "schwarze Liste" der Steueroasen der OECD werden wir wieder einführen - forget it. Dazu ein Verbot anonymer Finanzgeschäfte in Offshore-Gebieten und harte Sanktionen für Banken, die sich nicht an die Regeln halten, bis hin zum Entzug der Banklizenz - schön wärs.

Es ist Zeit für ein gutes Leben - in der Stadt und auf dem Land

Bezahlbarer Wohnraum wird zuerst gefordert, und mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum - leider tut der Staat das Gegenteil. Bei lebenswerten Städten und Gemeinden taucht wieder das Breitband auf. Wir fördern lebendige Nachbarschaften und den sozialen Zusammenhalt. Dazu würde Bürokratieabbau viel helfen, wer z.B. eine Mischnutzung für seinen Laden beantragt und ein paar Cafétische aufstellen will, um Kaffee auszu-

schenken, muss gleich einen Auto-Stellplatz nachweisen oder der Stadt für 10.000+ Euro einen fiktiven Platz abkaufen - und das ist nur ein winziger Blick in die bürokratischen Schikane.

Es ist Zeit für eine gesunde und saubere Zukunft

Zur Umweltgerechtigkeit heißt es, *Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität*. Die SPD will bis 2080 vollständig von fossilen Energien auf erneuerbare Energien umsteigen und so die Energiewende vollenden. **Unrealistisch, wenn man bedenkt dass bis jetzt erst 3% der Energie erneuerbar sind.** Auch die Energieeffizienz soll ausgebaut werden.

Dazu wird gesetzt auf bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität, auf die "Verkehrswende" mit einer "digitalen Mobilitätsplattform". Dazu mehr Infrastruktur für Elektroautos und Fahrräder, sowie die Verlagerung vom Güterverkehr auf Schiene und Wasser.

Eine Privatisierung der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr bleibt ausgeschlossen. Öffentlich-Private-Partnerschaften im Straßenbau werden wir nur realisieren, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist (**das bezieht sich auf die Autobahnprivatisierung ist leider danebengegangen**).

Die SPD will den Schutz der biologischen Vielfalt, eine verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung. Dazu eine Strategie gegen Lebensmittelverschwendung - *gentechnisch veränderte Organismen lehnen wir ab*. Gefordert wird aber die Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der Lebensmittelbranche (**Zigaretten-schmuggel?**).

Es ist Zeit für mehr Sicherheit im Alltag

Körperverletzungen, Vandalismus, Diebstähle und vor allem Wohnungseinbrüche beeinträchtigen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen. ... Die Gegner unserer offenen Gesellschaft haben sich neu formiert - in unterschiedlichen terroristischen und extremistischen Bewegungen. Wir benennen diese als das, was sie sind: eine Bedrohung für die westliche Welt, ein Angriff auf die liberale Demokratie. Deshalb werden wir mit aller rechtsstaatlichen Härte gegen Terror und extremistischer Gewalt vorgehen - **neue Töne für die SPD**.

Dazu braucht es eine leistungsfähige Polizei und Justiz, aber eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab. Zur Terrorabwehr wird mehr grenzübergreifende Zusammenarbeit und Prävention gefordert. ... Vorgegangen wird mit einem Dreiklang aus Repression, Vorbeugung und Ausstiegshilfe. ... Kriminelle und Terroristen dürfen nicht in die Europäische Union gelangen. Das heißt: die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengenraums verstärken und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedstaaten effektiv umsetzen, incl. Europol und Frontex und einer geplanten europäischen Staatsanwaltschaft.

Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, sollen nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben werden. Die Möglichkeit zur Abschiebung straffälliger Ausländerinnen und Ausländer haben wir bereits erleichtert (**das schreibt sich die CDU auch zugute**).

Wir wollen eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Hasspredigern und Islamistinnen und Islamisten durchsetzen. Ein Großteil fundamentaler Islamisten in Deutschland radikalisiert sich hier, in unserem Land. Wir werden extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden - mit den nicht-radikalen Moscheegemeinden und islamischen Verbänden werden wir zusammenarbeiten - **das ist vernünftig**.

Wie unterstützen den islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen und in deutscher Sprache auch aus präventiven Gründen und entsprechend auch die Imam-Ausbildung an den Hochschulen - **das ist unvernünftig**.

Die SPD unterstützt den Kampf gegen Rechtsextremismus und eine Reform der Nachrichtendienste sowie die Straftaten im und aus dem Netz bekämpfen. Die Kriminalität im Internet steigt rasant. Von der Online-Erpressung mit Computerviren über Kreditkartenbetrug bis zu Kinderpornographie und Waffenhandel im "Darknet" reicht das Spektrum der Cyberkriminalität. Dazu soll auch der Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News entgegengewirkt werden. Im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität sollen die Whistleblower geschützt werden.

Es ist Zeit für eine geordnete Migrationspolitik

Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung - **das ist die verkappte Obergrenze**. Wir müssen die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpfen, die Außengrenzen Europas sichern und die Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen.

Die anerkannten Flüchtlinge werden wir besser integrieren und die abgelehnten Flüchtlinge konsequenter in ihre Herkunftsländer zurückführen. Und wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das transparent und verständlich regelt, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern kann und wer nicht.

Geflüchteten Menschen wollen wir frühzeitig dort helfen, wo sie sich zunächst in Sicherheit gebracht haben - **das ist die Hilfe vor Ort**. ... Wir akzeptieren nicht länger, dass sich einzelne Mitgliedstaaten dem gemeinsam beschlossenen europäischen Asylsystem verweigern. Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, werden subventioniert - **diese Haltung ist undemokratisch, das Volk darf nicht entscheiden, ob es Menschen aufnehmen möchte, sondern**

das entscheidet die EU. Nochmal wird die Absicht bekräftigt, europaweit Anreize für eine freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen.

Zum Thema Einwanderung als Chance nutzen, Einwanderung von Fachkräften steuern und ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem schaffen: *Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen* - das widerspricht allem bisherigen, nach dem Flüchtlinge gar nicht anders können. Wer Migration eindämmen will, muss Hilfe vor Ort schaffen.

Stichpunkte sind schnellere Asylverfahren, bessere Integration und, konsequentere Rückführung - keine Rede von temporärer Hilfe, bis die Fluchtursache beseitigt ist. Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern will die SPD besser schützen, anerkannte Asylbewerber will sie noch schneller integrieren. (Das Wort Familienachzug taucht nicht auf, da bezieht die SPD keine Stellung)

Es ist Zeit für eine offene und moderne Gesellschaft

Wir wollen Neuankömmlingen ermöglichen, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes sind für uns die Basis unseres gemeinsamen Zusammenlebens - also das GG soll dem Volk sagen, wie es leben soll? Das muss doch umgekehrt sein.

Die repräsentative Demokratie soll wieder attraktiver werden; Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie - und die Wahlversprechen auch? Zwecks Offenheit und Transparenz politischer Prozesse soll eine "legislative Fußspur" eingeführt werden. Hierdurch wollen wir für alle offenlegen, welchen Beitrag externe Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben. Damit werden Entscheidungsprozesse nachvollziehbar - gute Idee, schon lange bei wb⁹ propagiert.

Auch ein verpflichtendes Lobbyregister soll her. ... Transparenz heißt auch, dass alle Bundestagsabgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten vollständig auf Euro und Cent offenlegen. ... Dann das Thema Gleichberechtigung und Gleichstellung, es soll frei von Gewalt und Diskriminierung zugehen, man soll die vielfältigen Lebensrealitäten anerkennen. ... Für die nächste Generation soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein: *Eine menschliche Gesellschaft muss eine inklusive Gesellschaft sein.*

Das ist nicht mehr aktuell: Die soziale Marktwirtschaft, die in Deutschland erfolgreich Arbeitgeber und Gewerkschaften zu Sozialpartnern gemacht hat, ist auch die Leitlinie für Europa. Die deutsche Einwanderungsgesellschaft ist zu gestalten (das ist die einzige Stelle wo das Wort Einwanderungsgesellschaft auftaucht). ... Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern wollen wir den Doppelpass ermöglichen und die Optionspflicht komplett abschaffen - wieso diese Bevorzugung, wenn doch von Gerechtigkeit und Gleichheit geredet wird?

Der interreligiöse Dialog und das Wissen über Religionen und Kulturen sind wichtig für ein friedliches Miteinander und gegenseitigen Respekt. Wir wollen allen Kindern Religions- und Ethikunterricht ermöglichen und damit ihr Wissen auch über andere Religionen fördern - Religionsunterricht liefert aber kein Wissen, sondern Verdummung.

Thema "Kultur für alle": Migrantische Communities haben einen positiven kulturellen Einfluss - das schätzen wir. Rechte von Künstlerinnen und Künstler will die SPD stärken. Und die "Erinnerungskultur" hochhalten, die Verbrechen an bisher wenig erforschten Opfergruppen besser aufarbeiten - man muss das nicht so übertreiben und vor allen Dingen keinen Zwang draus machen.

Zu Medienordnung und Medienfreiheit wird die Balance zwischen privatem und öffentlich-rechtlichem Rundfunk gefordert. Diese duale Medienordnung hat nur Bestand, wenn die öffentlich-rechtlichen Anstalten so finanziert sind, dass sie ihre Aufgaben wahrnehmen können und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln, und wenn der private Rundfunk entsprechende Einnahmeperspektiven hat - 9 Mrd. sind viel zu viel. ... Sport muss sauber und fair sein - gut gesagt, aber schwierig.

Es ist Zeit für ein besseres Europa - sozialer und demokratischer

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie infolge der Flüchtlingsbewegungen hat das Vertrauen in die EU gelitten. Vertrauen wurde vor allem durch die Eurokrise und die Rettungsaktionen & Geldschwemmen verspielt, die das Geld in die Banken schaufelten, sowie durch die zu schnelle interne EU-Freizügigkeit. Nationale Gegensätze und Egoismen sind zurückgekehrt, populistische, anti-europäische Parteien sind auf dem Vormarsch. Wir stellen uns diesen autoritären und nationalistischen Kräften in Europa entschieden entgegen und kämpfen für mehr europäischen Zusammenhalt und Solidarität.

Die SPD will das europäische Wohlstandsversprechen erneuern und argumentiert: Denn Deutschland ist nicht "Nettozahler" oder gar "Lastesel" der europäischen Union, sondern Nettogewinner - das ist entschieden falsch, weil nur die deutsche Wirtschaft was gewinnt, während der Besitzstand der deutschen Bevölkerung deutlich unter dem der EU-Mehrheit liegt. Und die Eurozone kostet Deutschland Billionen an Rettungsgeldern, Target-Krediten und Folgen der Geldschwemme.

⁹ <http://www.wissenbloggt.de/?p=20610>

Die SPD fordert einen permanenten Jugendbeschäftigungsfonds und den Ausbau der EU: die europäische Sozialunion, die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, perspektivisch mit der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum, einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister sowie ein gemeinsames Finanzbudget - **das kann die SPD wohl nicht anders, aber sie liegt damit weit weg von dem, was die Bevölkerung will. Die will Wohlstand für alle und Freizügigkeit, aber keinen EU-Staat. Bis jetzt ist die Eurozone ein Großversuch, ökonomische Gesetze durch politische Willkür auszuhebeln. Nachdem die dahintersteckende ökonomische Unbedarftheit x-fach bewiesen ist, wäre eine Revaluierung nötig und kein Augen-zu-und-durch.**

Die Finanzierung erfolgt dabei nicht über neue Schulden, sondern über eine wirksame Besteuerung der Finanzmärkte. Die haben durch ihre Gier und verantwortungslosen Spekulationen Europa an den Rand des Abgrunds geführt. Nur durch staatliche Hilfen konnte Europa stabilisiert werden, und dazu haben sie keine Beiträge geleistet - **es wäre gut, sie dranzukriegen, aber die Probleme der Eurozone kommen hauptsächlich vom Euro, der die Wettbewerbsfähigkeit der Südländer zerstört. Das ganze Umverteilen mit Wirtschaftsregierung und gemeinsamem Finanzbudget löst dies Hauptproblem nicht. Die Geldschwemmenpolitik perpetuiert das Problem sogar noch, weil sie Restrukturierung verhindert.** Der Europäische Stabilitätsmechanismus soll ins Gemeinschaftsrecht überführt und zu einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt werden - **Schäubles Lieblingsidee, damit er die Stabilitätsanforderungen vom Internationalen Währungsfonds loswird und die unseriöse Wirtschaftsweise der Eurozone überall einsetzen kann.**

Weiterhin will die SPD die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion. ... Sollte die Türkei die Todesstrafe einführen, entscheidet sie sich offen gegen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. ... Bei den Austrittsverhandlungen mit Großbritannien gibt es kein "Europa à la carte".

Die Kompetenzen des Europäischen Parlamentes müssen ausgeweitet werden, um das demokratische Defizit der EU zu beseitigen und die neue Wirtschaftsregierung demokratisch kontrollieren zu können. Dazu wollen wir dem Europäischen Parlament die vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, das vollständige Budgetrecht, das Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und das Recht zur Gesetzesinitiative übertragen, bis hin zu einer europäischen Verfassung - **demokratisch ist, wenn sowas vorher diskutiert wird, und nicht nur ins Wahlprogramm geschrieben. Dann würde kaum jemand zustimmen, wie ja fast alle Abstimmungen für weitere EU-Integration mehrheitlich verloren wurden. Die SPD arbeitet hier an einem antidemokratischen Projekt.**

Es ist Zeit für mehr Frieden und Stabilität in der Welt

Die Außenpolitik soll dem Frieden verpflichtet sein, wir wollen Konflikte an ihren Ursachen bekämpfen - **leider hat sich gezeigt, dass das außerhalb von Europa nicht klappt.** Nach Wunsch der SPD sollen Deutschland und Europa Führungsverantwortung zu übernehmen. ... Den Anteil für Auswärtiges am Bundeshaushalt wollen wir kontinuierlich steigern.

Das läuft unter Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement und das sollen Schwerpunkte deutscher und europäischer Außenpolitik bleiben. Dazu soll das humanitäre Engagement ausgebaut werden und die Rüstungsexporte eingedämmt, und die SPD unterstützt eine Abrüstungsinitiative: keine verantwortungslosen Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht. Die SPD ist auch gegen eine völlig unnötige und unrealistische Steigerungsrate des deutschen Verteidigungshaushaltes um 2%, wie es die USA fordern.

Aber eine Europäische "Verteidigungsunion" wollen sie schon, und diese Verteidigung ist dann weltweit. Schon jetzt übernimmt die Bundeswehr bei verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt - **kein Wort dazu, dass das nicht klappt und die Lage meistens bloß verschlimmert. Wieso wird hier keine Evaluierung verlangt statt Führungsverantwortung? Die alte Entspannungspolitik, moderne Friedensdiplomatie, zivile Krisenprävention und Krisenmanagement taugen doch offenkundig nicht, um das Generieren von Flüchtlingen zu stoppen. Da werden neue Ideen gebraucht.**

Die SPD wünscht sich starke und handlungsfähige Vereinte Nationen (**ein Traumbild**) und klare Prinzipien als Zeichen der Stärke. So will sie auch das Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit steigern, eine nachhaltige Klimapolitik schaffen und dazu eine "europäische Klimadiplomatie".

Zum Thema *Menschenrechte schützen* dann das Credo: *Die universelle Geltung und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind nicht verhandelbar* - **sie sind bloß de facto ignorierbar, da sollte man sich nicht blind stellen.** Als Abschluss kommt noch das Thema "Wirtschaft und Menschenrechte", wo eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung gefordert wird.

Unterm Strich

In dem Wahlprogramm vertritt die SPD immerhin zu fast allem einen Standpunkt. Bei den Flüchtlingen liegt der nicht mehr so fernab links bei der Durchsetzung der Menschenrechte für alle in der Welt. Bei der Fortschreibung der EU ist er aber weit weg vom Willen der Allgemeinheit, und bei den militärischen Fragen wirkt er ungereimt. Da wäre eine Neubesinnung schön. Ansonsten haben die SPDlerinnen und SPDler damit was Besseres in der Hand als bei der CDU.

Weiter mit dem Subsumieren der älteren Programme:

Das *Leitbild* ist ein ideologisches Machwerk voll gezielter Täuschung und Irreführung. Es ist so elegant gemacht, dass man den Betrug beim ersten Blick kaum bemerkt. Wenn sich die *Einwanderungsgesellschaft* auf ein paar Tausend Immigranten beziehen würde, wäre das alles kein Problem. Das *Leitbild* ist aber ohne jede Grenzen formuliert und auch so gemeint.

Im Grunde ist das die ideologische Unterfütterung für die grenzenlose deutsche CDU-Politik von 2015. Aber das ist eine deutsche Minderheitsvorstellung. Kein anderes Land in der Welt öffnet einfach die Grenzen. Europa hat zu dieser Ideologie schon *Nein* gesagt, sogar das besonders liberale Schweden hat wieder dicht gemacht.

Als Antwort auf die *grenzenlose Willkommenspolitik* (das Wort taucht nicht auf) ist in vielen Ländern wie auch in Deutschland die nationalistische Politik wiederauferstanden. Das *Leitbild* thematisiert das als *verschlechtertes Diskussionsklima*, als *Bevölkerung, die über Fragen von Flucht, Migration und Integration zerstritten ist*, als *unzufriedene Minderheit, welche die öffentliche Agenda diktieren will*.

Das ist irreführend. Auch wenn nur eine Minderheit ganz rechts wählt, ist es die deutsche und europäische *Mehrheit*, die sich gegen die Einwanderungsgesellschaft stellt. Die ganze Argumentationskette ist eine Täuschung: *Deutschland und Europa nehmen geflüchtete Menschen auf, deshalb ist die Integration dieser Menschen zentrale Aufgabe für Politik und Gesellschaft*.

Unredlich ist schon mal, wie die Migration innerhalb der EU mit der Flüchtlingsbewegung gemischt wird. Die EU-Migration ist aber keine Flüchtlingsbewegung, denn Staaten, aus denen geflüchtet werden muss, wurden nicht in die EU aufgenommen. Es geht also um Flüchtlinge von außerhalb der EU, aus dem Nahen Osten, aus Afrika.

Ob und wieviel wir von denen aufnehmen, oder ob wir gerechter und effizienter vor Ort helfen, ist eine politische Frage. Und ob die auf Dauer bleiben, ist noch eine andere Frage. Diese Fragen werden im *Leitbild* vollständig unterdrückt. Da kann keine Rede davon sein, dass *Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger wieder in den Mittelpunkt der Politik* gestellt werden (so das Versprechen vom Regierungsprogramm).

Das *Leitbild* spricht *klare Regeln für die Einwanderung* an, macht aber ansonsten klar, dass es keine Regeln fürs Kommen vorsieht: Irgendwie reinkommen und dasein reicht. Erst dann gelten Regeln fürs Zusammenleben. Dass die Einheimischen ein Recht darauf haben, Grenzen zu ziehen, wird vollständig verschwiegen. Dabei respektiert sogar die Genfer Konvention begrenzte Hilfsmöglichkeiten der Staaten. Und dass die Einheimischen bestimmen können, welche Zuwanderer bleiben dürfen, wird ebenfalls verschwiegen. Erst recht, dass Auswanderer aus Nichtkriegsgebieten auch Pflichten zuhause haben.

Ob man diese Einseitigkeit der SPD zurechnen darf, ist eine schwierige Frage. Sie entspricht schon der SPD-Ideologie, die das Internationale über das Nationale stellt. Das *Leitbild* ist nun ein *Leitbild* der verkappten Alternativlosigkeit, überall wird imperativ die eine, eigene Meinung vertreten, ohne die Alternativen auch nur zu erwähnen - die SPD-Programme sind allerdings auch voller *muss*.

Wie die beiden SPD-Programme will das *Leitbild* freizügig die guten Gaben verteilen, die vom Volk erwirtschaftet werden. Weil das in großem Maßstab gilt, werden dadurch erworbene Ansprüche gemindert, Einschränkungen verfügt, Leute schlechtergestellt. Uneingeschränkte Zusagen stehen ja immer in Konkurrenz zu anderen Verpflichtungen, auch wenn man nicht an die *Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische* glaubt. Die Tatsache der begrenzten Ressourcen wird weder diskutiert, noch kommt sie überhaupt zur Sprache. Auch nicht, dass es genau die Leute am meisten trifft, für die sich die SPD sonst einsetzt. Keine Rede ist von der Verpflichtung der Reichen, die ja überdimensional von den Verhältnissen profitieren.

Realistisch gesehen ist die SPD seit Kanzler Schröder ein Gehilfe des Neoliberalismus'. Die Unternehmer-Einkommen stiegen seit 2000 um 30%, die durchschnittlichen Arbeitseinkommen um 5% (nur dadurch, dass die Reichen so stark zulegten). Die unteren Schichten gewannen 0%. Für sie gab es prekäre und Minijobs oder Transfer; in den Ostgebieten sind mittlerweile 40% der Haushalte darauf angewiesen.

Alleinerziehende leben oft am Existenzminimum, die Staatsschulden haben sich seit 1998 fast verdoppelt, die Infrastruktur verfällt. Derweil werden Banker mit Steuermilliarden gerettet, und Managereinkommen gehen bis zum 400-fachen vom Normalverdienst. Die Linke hat erst selber versagt, dann hat sie dabei versagt, den CDU-Regierungen Sozialverhalten beizubringen - auch das ein Grund für den Erfolg der nationalistischen Rechten.

Das ist ein harsches Urteil. Bei der Bewertung muss man sehen, dass reale Regierungspolitik (mit-)beurteilt wird, nicht bloß schöne imaginäre Vorhaben. Die Werte der SPD geraten bei solcher Beurteilung ins Hintertreffen. Es sind ja gute und humanistisch verträgliche Werte, solange sie nicht über die Grenzen schlagen.

Deshalb muss positiv angemerkt werden, dass die SPD viele gute Ideen unterbreitet, denen Humanisten gern zustimmen werden. Wie die SPD das Mittragen der Aufrüstungsbestrebungen mit ihrer Friedenspolitik vereinbart, ist nur eine Frage am Rande. Die richtigen Probleme fangen da an, wo es unredlich wird, und wo das "*Leitbild*" an der europaweiten demokratischen Ablehnung vorbei installiert werden soll. Dadurch wird die Vertrauenskrise der Demokratie nicht geringer. Ohne den FES-Leitbild-Text, und wenn man den guten Willen für die Tat nimmt, steht die SPD eigentlich ganz gut da. Vielleicht gibt es ja wirklich eine Wiederentdeckung des Sozialen, und die Korrekturen für die Agenda 2010 sind ernstgemeint. Dann kann es auch eine pragmatische Relativierung der "Einwanderungsgesellschaft" geben, eine neue Würdigung von Hilfsmittelleffizienz und Einheimischenrechten, eine Wiederentdeckung der *Probleme und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger*.

Weitere Links:

- Wahlkampf III - AfD-Kompress - <http://www.wissenbloggt.de/?p=37391>
 - Abgesang auf die SPD - <http://www.wissenbloggt.de/?p=32515>
 - Wissenbloggt Parteienrating: Was kosten uns die Parteien? - <http://www.wissenbloggt.de/?p=20111>
-